



Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung

Vorlage Nr.	BV-024/2017	öffentlich	Datum
Bearbeiter	Frau Mende		10.03.2017
Einreicher	Fraktion GRÜNE/FDP, Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BfZ		

Betreff:

Ultrafeinstaubmessungen im Umfeld des BER im Rahmen der Gesundheitsvorsorge für die Einwohner der Gemeinde Zeuthen

Beratungsfolge:			
Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Ö	16.03.2017	Ausschuss für Flughafen und Lärmschutz	Vorberatung
Ö	23.03.2017	Hauptausschuss	Vorberatung
Ö	05.04.2017	Gemeindevertretung	Entscheidung

Begründung:

Neben dem Fluglärm hat auch der Schadstoffausstoß aus Flugzeugen erhebliche gesundheitliche Risiken zur Folge. Die Gemeinde Zeuthen wird zusammen mit ihren Nachbargemeinden Schulzendorf und Eichwalde mit der Inbetriebnahme des Flughafens BER von Lärm- und Schadstoffemissionen massiv betroffen sein.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und BVB/Freie Wähler haben die Landesregierung im Antrag „Luftbelastung durch Ultrafeinstaub am künftigen Flughafen BER messen“ (Drs. 6/3854) aufgefordert, das Landesamt für Umwelt mit der Errichtung und dem Betrieb einer Messstation unter den An- und Abflugrouten des BER zu beauftragen und die Messstation schon vor der Inbetriebnahme des Flughafens zu betreiben.

Der Landtag Brandenburg hat am 28.04.2016 den Antrag u.a. mit Verweis auf fehlende Grenzwerte und die Verantwortung des Bundes bzw. der EU mehrheitlich abgelehnt.

Als betroffene Gemeinde halten wir die Entscheidung des Landtages für falsch und wir werden auch die Untätigkeit der Landesregierung nicht hinnehmen. Die Landesregierung muss ihrer Fürsorge- und Vorsorgepflicht für die Bürger nachkommen.

Wir begrüßen und unterstützen die Initiative der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und der Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden, die sich gegenüber dem brandenburgischen Ministerpräsidenten, dem Flughafenkoordinator und dem Umweltminister für die Errichtung von landeseigenen Ultrafeinstaubmessstationen im Flughafenumfeld eingesetzt haben.

Wir fordern die zuständigen Wahlkreisabgeordneten im Bund und Land und insbesondere die Landesregierung auf, unverzüglich eine kontinuierliche wissenschaftliche Ultrafeinstaubmessung im Umfeld des BER zu gewährleisten.

Dem hessischen Beispiel am Fraport folgend, soll sich auch das brandenburgische Landesamt für Umwelt beteiligen. Um einen Vorher-Nachher-Vergleich möglich zu machen, sollen die Messungen bereits geraume Zeit vor Inbetriebnahme des BER einsetzen.

Ohne Messungen keine Langzeitstudien und keine Grenzwerte!

Die gesundheitsschädigende Wirkung von Feinstaub ist weitgehend bekannt. Hierfür gibt es gesetzliche Grenzwerte und Messnetze. Auch Ultrafeinstaubpartikel, die mit pathogenen Substanzen (z.B. polyzyklische, aromatische Kohlenwasserstoffe oder Schwermetalle) kontaminiert sind, können erhebliche Folgen für die Gesundheit haben. Sie können die Barriere der Atmungsorgane passieren und bis ins Lungengewebe, die Blutgefäße und letztendlich in alle Organe des Körpers gelangen und dort entzündliche, allergische oder onkologische Erkrankungen hervorrufen.

Anders als für Feinstaub gibt es für Ultrafeinstaubpartikel (UFP), die sich größtmäßig im

Nanometerbereich bewegen, aber weder ein geeignetes Messnetz noch Grenzwerte. Moderne Flugzeugtriebwerke stoßen große Mengen ultrafeiner Partikel aus. Diese können mit den Methoden herkömmlicher Feinstaub-Messstationen (Wiegen) nicht erfasst werden. Neue Messmethoden (Zählen) erlauben heute die Ermittlung der Anzahl der Ultrafeinstaubpartikel und eine Zuordnung zum Verursacher. Aufgrund fehlender Messverpflichtungen existieren jedoch insbesondere im Umfeld von Flughäfen noch zu wenige Partikelanzahlmessergebnisse für die Durchführung der notwendigen medizinisch-epidemiologischen Studien.

Ultrafeinstaubmessungen sind komplex und aufwendig. Kommunen können das nicht auf einem wissenschaftlich verwertbaren Niveau leisten.

Die Realisierung dieser anspruchsvollen Untersuchungen erfordert nach Angaben des Hessischen Umweltministeriums *„umfangreiche Investitionen und auch den Aufbau von Erfahrungen, sowohl im Umgang mit der Messtechnik als auch in der Auswertung und Interpretation der Daten. Die Unterstützung durch andere, für diese Art der Untersuchungen besonders kompetenter Kreise“* sei daher anzustreben.

Solche Netzwerke gibt es. Im seit 2008 bestehenden Ultrafeinstaub-Netzwerk GUAN (German Ultrafine Aerosol Network) haben sich das Umweltbundesamt und weitere Forschungseinrichtungen, wie das Leipziger Leibniz-Institut für Troposphärenforschung oder das Münchner Helmholtz-Zentrum zusammengeschlossen.

Dabei fokussiert man sich bislang vor allem auf die Emissionen im Rahmen des Straßenverkehrs. Der Flugverkehr wurde in Deutschland bislang weitgehend vernachlässigt.

Im Rahmen einer Anhörung vor dem Unterausschuss des Landtages (04.01.2017) wies Frau Dr. Wichmann-Fiebig als Leiterin der Abteilung Luftqualität im Umweltbundesamt unmissverständlich darauf hin, dass ergänzende Informationen durch Messungen im Umfeld des BER, dem künftig drittgrößten Flughafen Deutschlands, sehr hilfreich wären.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung begrüßt und unterstützt Initiativen für eine zeitnahe und wissenschaftlich fundierte Ultrafeinstaubmessung im Umfeld des BER im Rahmen der Gesundheitsvorsorge für ihre Einwohner.

Die Gemeindevertretung beauftragt die Bürgermeisterin sich gegenüber dem Landtag und der Landesregierung mit Nachdruck für eine wissenschaftliche Ultrafeinstaubmessung in der nachfolgend beschriebenen Weise, im Umfeld des Flughafens BER, einzusetzen:

Nullmessungen sollen in allen betroffenen Gemeinden bereits geraume Zeit vor Inbetriebnahme des BER erfolgen, um einen Vorher-Nachher-Vergleich zu ermöglichen. Die Messstationen sollen von der Güte ihrer Ergebnisse her in das seit dem Jahr 2008 bestehende Ultrafeinstaub-Netzwerk GUAN (German Ultrafine Aerosol Network) aufgenommen werden können.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt sich gegenüber dem Landtag und der Landesregierung für einen Antrag einzusetzen, der das Brandenburger Landesamt für Umwelt in die Lage versetzt, sich zeitnah mit einer ausreichenden Anzahl landeseigener Ultrafeinstaubmessstationen an der Erhebung von Luftschadstoffen im Umfeld des Flughafens BER zu beteiligen.

Weiterhin wird die Bürgermeisterin beauftragt, sich gegenüber dem Landtag und der Landesregierung für einen Antrag der Landesregierung einzusetzen, der die Bereitstellung von Fördermitteln des Bundes, bspw. aus der Umweltforschung (UFOPLAN) für die Erhebung tatsächlicher Daten, statt für Literaturstudien oder Modellrechnungen ermöglicht.

Die Gemeindevertretung bittet die Bürgermeisterin über die erzielten Ergebnisse regelmäßig zu berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Anlage/n:

Antrag der Fraktionsgemeinschaft GRÜNE/FDP, Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE,
Fraktion BfZ Nr. XX/2017 vom März 2017

Im Ausschuss für Flughafen und Lärmschutz beraten und geändert empfohlen am: 16.03.2017

In der Sitzung des Hauptausschusses beraten und geändert empfohlen am: 23.03.2017